

Brutalst mögliche Politik: Die Hessen-CDU am rechten Rand

Eine Studie der Fraktion DIE LINKE. Im Hessischen Landtag



DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

INHALT DER STUDIE:

Hintergrund zur vorliegenden Studie	2
1. Offene Flanke nach rechts: Die Hessische CDU aktiv am rechten Rand	4
1.1 Wahlkampf auf dem Rücken von Minderheiten	4
Revival 2008	5
1.2 Geschichtspolitik rechts außen: NS-Relativierung und nationaler Patriotismus	7
Antisemitismus im bürgerlichen Gewand	7
Faschismus?: "Eine beklagenswerte Entgleisung"	8
Die Täter sind immer die anderen	9
Geistiges Klima der Hessen-CDU	10
1.3 Organisatorische Nähe und Verbindungen zum Rechtsextremismus	11
Roland Koch und das Studienzentrum Weikersheim	11
Hans Jürgen Irmer und "der braune Spuk"	12
Der Gießener RCDS und die "NPD-Kaderschmiede" Dresdensia Rugia	13
Hessische Linie im Umgang mit Rechtsextremisten?	13
Zwischenfazit	14
2. Gelegenheitsdemokraten: Autoritäre Tendenzen der Hessischen CDU	15
2.1 Law & Order: Politik der vermeintlichen Stärke	15
Law and order - nicht für jeden! Die Koch-Regierung und das große Kapital	16
2.2 Verfassungsangriffe und Rechtsbrüche als Methode?	17
Die Hessische Verfassung als "historisches Dokument"	17
Studiengebühren: Wortlaut und Sinn der Verfassung in das Gegenteil verkehrt	18
"Brutalstmögliche Aufklärung": Rechtsbruch und Lügen in der Spendenaffäre	18
Aushöhlung des Grundgesetzes im Namen der Sicherheit	20
Mitbestimmung und Beteiligung unerwünscht	21
Roland Koch - der Gegensouverän	22
3. Mehr als Hessen - Kochs neoliberale Neuorganisation des Sozialstaates	23
Politik der leeren Kassen	23
Neoliberaler Sozialabbau	23
Privatisierungen mit "Leuchtturmfunktion"	24
Impressum	U4

Die vorliegende Studie wurde erarbeitet und verfasst von Dr. Gerd Wiegel, Jan Schalauske und Dipl. Pol. Adrian Gabriel. Ein großer Dank für die Mitarbeit bei Recherche und Lektorat gebührt Dr. Stefan Baufeld, Dr. Hans-Christoph Stoodt, RA Halina Wawzyniak, RA Manfred Coppik und RA David Meienreis.

Titelfoto: Peter Jülich, Fotografie - Media - Recherche, www.ip-photo.com

Layout + Druck: Peter Eickmann, VARIOplus Frankfurt, www.vario.cc

Alle Quellenhinweise sind im Text nachgewiesen.

HINTERGRUND ZUR VORLIEGENDEN STUDIE

Mit der vorerst verpassten Ablösung der CDU-Landesregierung unter Roland Koch ist in Hessen nicht nur die Chance auf die drängende soziale und ökologische Erneuerung der Landespolitik vorläufig verschoben worden. Verpasst wurde auch die Chance, dem Weg eines konservativen Kampfverbandes der CDU ein lange überfälliges politisches Ende zu setzen. Ein Kampfverband deshalb, weil sein Markenzeichen eine besonders rigide Auslegung dessen ist, was als nationalkonservative Ausprägung innerhalb der CDU zu bezeichnen ist. Die Traditionslinie der Hessen-CDU, von Alfred Dregger über Manfred Kanther bis zu Roland Koch steht für den rechten Flügel der Union, dessen häufige Bezeichnung als "Stahlhelmflügel" einen Teil der Werthaltung zum Ausdruck bringt: Autoritarismus, nationale Borniertheit, Relativierung der NS-Vergangenheit und das Schüren von Ressentiments gegen Teile der ausländischen bzw. migrantischen Bevölkerung. Unter Roland Koch, als dem bis heute letzten Vertreter dieser Traditionslinie in Hessen, ist eine rabiate Variante des Neoliberalismus hinzugekommen, mit der Hessen zum Musterland der offenkundig gescheiterten neoliberalen Deregulierung gemacht werden soll.

Dabei können in der Hessischen Union nationalkonservative Positionen, ein autoritäres Staatsverständnis und der neoliberale Umbau des Sozialstaats als die drei Ecken desselben Politik-Dreiecks gesehen werden: Das Ziel scheint eine Gesellschaft zu sein, in der ein Nachtwächterstaat nur noch für "law and order" sorgt, soziale Rechte und Sicherungssysteme zu Ungunsten der Schwachen und Schwächsten dieser Gesellschaft abgebaut werden und sich eine politische Klasse etabliert, die zunehmend selbst definiert, was Recht und Unrecht ist und von den Verfehlungen dieser Politik mit Hilfe von Umdeutungsversuchen der NS-Vergangenheit und der Stigmatisierung von Minderheiten abzulenken sucht. Diese politisch autoritäre und ökonomisch neoliberale Ausrichtung der Hessen-CDU unter Roland Koch kann geradezu als Paradebeispiel der Verbindung von neoliberalen und neurechten Politikelementen angesehen werden, wie sie in den letzten Jahren von zahlreichen Wissenschaftlern analysiert wurde¹. Die Verortung der Koch-Regierung am rechten Rand, die gleichzeitig neoliberal agiert, ist dabei kein Widerspruch sondern zeigt, wie sich beide Varianten ergänzen können. Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge schreibt: *"Wenn sich der Neoliberalismus mit dem Nationalkonservatismus amalgamiert, resultiert daraus ein besonders aggressiver Standortnationalismus, der als politisch-ideologische Steilvorlage für den Rechtsextremismus wirkt."*¹²

Die Kosten dieser Politik für die Menschen in Hessen sind hoch, wie sich nicht nur an der desolaten finanziellen Bilanz der CDU-Regierung zeigt. Auch die ideologischen Kosten einer Politik, die sich weit nach rechts aus dem Fenster lehnt, sind enorm. Zwei ausländerfeindliche Kampagnen wurden von Roland Koch initiiert: einmal 1999, um aus einer fast aussichtslosen Position an die Macht zu kommen, einmal 2008, um die bedrohte Macht doch noch zu sichern. Inhaltlich wurden von tragenden Figuren der Hessen-CDU immer wieder Anknüpfungspunkte weit rechts im politischen Spektrum gesucht und Politik auf dem Rücken von Minderheiten gemacht. Auch rechtsstaatliche Grundsätze scheinen der Union da nicht viel zu gelten, wo sie einer Stimmungsmache

¹ Herbert Schui, Ralf Ptak, Stephanie Blankenburg, Günter Bachmann, Dirk Kotzur, Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997; Peter Bathke/Susanne Spindler (Hg.), Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge - Widersprüche - Gegenstrategien. Berlin 2006.

² Christoph Butterwegge, Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus, in: ders./ Gudrun Hentges (Hg.), Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen & Framington Hills 2008, S. 24.

gegen Minderheiten im Weg stehen. Nationalstolz und Patriotismus gehören seit Alfred Dregger zum Inventar der Hessen-CDU und wie schon unter Dregger, so fehlt es auch unter Roland Koch nicht an Versuchen, Hindernisse für die freie Entfaltung dieses deutsch-nationalen Patriotismus - etwa die Erinnerung an die NS-Vergangenheit - aus dem Weg zu räumen. Während die Hessische Verfassung von Historikern bis heute als beispielhaft für die demokratische Entwicklung nach 1945 angesehen wird, zeigt der eigenwillige Umgang der Union mit dieser Verfassung, wie sehr die Partei das Land zu ihrem Eigentum erkoren hat. Besonders deutlich wurde diese Umgehung rechtsstaatlicher Grundsätze bei der Spendenaffäre der Hessischen CDU, in der es gerade der Law-and-Order-Sauberer Manfred Kanther war, der unter Umgehung gesetzlicher Vorschriften Gelder für die Union beiseite schaffte und hierfür zunächst zu einer Bewährungs-, schließlich zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Dass diese illegalen Parteigelder von der Hessen-CDU zur Tarnung als "jüdische Vermächtnisse" zugunsten der Union deklariert wurden, hat vor dem Hintergrund der Affäre um die antisemitisch zu deutende Rede des Hessischen CDU-Bundestagsabgeordneten Hohmann im Jahr 2003 einen ganz eigenen Beigeschmack.

Die anhaltende Auseinandersetzung mit der Koch-Regierung ist Anlass genug auf einige markante Punkte dieser bisherigen Regierungszeit zurückzublicken und ihren problematischen, teilweise reaktionären Charakter herauszuarbeiten. Umso mehr verpflichtet ein solcher Rückblick alle fortschrittlichen und emanzipatorischen Kräfte in Hessen alle Anstrengungen zu unternehmen, einen solchen CDU-Kampfverband politisch und gesellschaftlich abzulösen und eine Landesregierung in Hessen zu etablieren, die einer demokratischen Erneuerung und einer Politik für alle im Land lebenden Menschen verpflichtet ist. Eine Politik ohne Ausgrenzung, Ressentiments, nationale Borniertheiten und neoliberale Heilsversprechen.

I. OFFENE FLANKE NACH RECHTS: DIE HESSISCHE CDU AKTIV AM RECHTEN RAND

1.1 Wahlkampf auf dem Rücken von Minderheiten

"Wer nicht pariert, der gehört gegebenenfalls gefesselt und geknebelt, bis der Zielort erreicht ist. Die Humanitätsduselei Menschen gegenüber, die diesen Staat ausbeuten, muss einfach ein Ende haben."³ (Hans-Jürgen Irmer, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Bildungspolitischer Sprecher und Arbeitskreisvorsitzender Kultur der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag)

Die Politik der Hessischen CDU unter Roland Koch stand seit 1999 niemals unter dem Verdacht der "Humanitätsduselei" gegenüber migrantischen Minderheiten im Land. Ganz im Gegenteil wurden im Wahlkampf 1999 gezielt ausländerfeindliche Ressentiments bedient, um die rot-grüne Landesregierung aus dem Amt zu drängen. Anlass hierfür war die von der rot-grünen Bundesregierung 1999 geplante Veränderung des überalterten Staatsangehörigkeitsrechts der Bundesrepublik, das noch immer auf völkischer Grundlage (Blutsrecht) basiert. Die von Rot-Grün vorgesehene Möglichkeit der Doppelstaatsangehörigkeit war der Hebel, mit dem Roland Koch vorhandene ausländerfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung mobilisierte, indem er in Hessen eine Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsangehörigkeit organisierte. Dass diese Aktion von großen Teilen der Bevölkerung als eine Volksabstimmung gegen Ausländer in Deutschland aufgefasst werden konnte, schien der Hessischen CDU sehr recht, trug es doch zur Mobilisierung bei.

Das hinter dieser Aktion stehende völkische Verständnis der Frage, wer zu diesem Land gehören kann, brachte der damalige hessische CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann zum Ausdruck: *"Wenn das klappen würde, wenn wir ihnen das durchgehen lassen, dann wäre das praktisch jetzt am 27. September 98 die letzte freie Wahl in dem Sinne gewesen, dass der Souverän deutsches Volk entschieden hat."⁴ Migranten können nach diesem Verständnis in Deutschland nicht zur demokratischen Willensbildung beitragen, egal wie viele Jahrzehnte und in welcher Generation sie schon in unserer Gesellschaft leben. Aufgrund ihrer Abstammung müssen sie in Deutschland für immer Bürger zweiter Klasse und ohne jegliche politische Rechte bleiben. Ganz in diesem Sinne wurde die Wahlkampagne 1999 von der Hessen-CDU geführt und auch schon damals arbeitete man kräftig an der Gleichung: Ausländer = Kriminalität, die im Wahlkampf 2008 in den Mittelpunkt rückte. Bei Hans-Jürgen Irmer heißt es angesichts der Zuwanderung bereits 1999: *"Ich sage ihnen ganz offen: Ich habe große Befürchtungen, wenn die Entwicklung in Deutschland so weitergeht, dass wir eines Tages (...) bürgerkriegsähnliche Zustände bekommen (...)."⁵ Irmers oben bereits zitiertes Fesseln, Knebeln und Raus ist die volkstümliche Umschreibung dessen, was CDU-Propaganda gegenüber Ausländern in Hessen war und ist.**

³ Wetzlar-Kurier 6 / 1998.

⁴ ARD-Magazin Panorama, 4. Februar 1999.

⁵ Ebd.

Revival 2008

Die aus Sicht der Hessischen CDU erfolgreiche Wahlkampagne mit den Themen Ausländer, "Überfremdung" und doppelte Staatsangehörigkeit von 1999/2000 sollte nach dem Willen Roland Kochs angesichts der für die CDU alarmierenden Umfragewerte vor dem Urnengang 2008 in abgewandelter Form wiederholt werden. Sehr deutlich wird bei der Analyse des Koch-Wahlkampfes von 2008, dass er systematisch auf der Suche nach einem Thema war, mit dem er die vermuteten Ressentiments in diesem Bereich bedienen könnte. Vor allem angesichts der schwachen Umfragewerte für ihn und der stärker werdenden Konkurrenz war man auf Seiten der Union um ein emotionalisierendes und mobilisierendes Thema bemüht. Schon Mitte Dezember 2007 startete Koch einen ersten Versuchsballon: Spiegel-online meldete am 16. Dezember, der hessische Ministerpräsident Koch fordere ein Burka-Verbot an den Schulen des Landes. Koch beschwor das Bild der fundamentalistischen Gefahr direkt vor der eigenen Tür, schlimmer noch, in den Schulen und damit als Gefahr für "unsere" Kinder⁶. Pech für Koch war nur, dass sich schnell herausstellte, dass es keinen einzigen Fall von burkatragendem Mädchen an Hessens Schulen gegeben hatte. Die Opposition strafte das Thema mit Nichtachtung, so dass der Kampagnenversuch schnell in sich zusammenbrach.

Mit dem von einer Überwachungskamera gefilmten brutalen Überfall zweier junger Männer mit türkischem bzw. griechischem Migrationshintergrund auf einen deutschen Rentner in einer Münchner U-Bahnstation kam für Koch jedoch die Gelegenheit, auf die er geradezu gewartet zu haben schien. Das Thema der ausländischen Jugendkriminalität, verbunden mit der Forderung nach Abschiebung und härteren Strafen sollte nach dem Willen der Union endlich die Mobilisierung bringen, die ihr so lange gefehlt hatte. Die vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Struck geäußerte und von der Union heftig kritisierte Ansicht, Koch habe sich heimlich über den Überfall auf den Rentner gefreut⁷, weil er ihm sein Thema geliefert habe, mag nicht abwegig sein. Denn der Union ging es mit der Kampagne ersichtlich darum, die tatsächliche oder doch vermutete Meinung an den Stammtischen ins Zentrum der Wahlkampfdebatte zu rücken.

Peinlich nur für Koch, dass im Verlauf des Wahlkampfes deutlich wurde, dass mit seiner Regierungspolitik des jahrelangen Personalabbaus gerade auch bei Jugendrichtern die CDU-Landespolitik mit dafür verantwortlich war, dass Hessen als ein Schlusslicht in der Aufarbeitung von Jugendkriminalität dastand. Deutlich wurde hier noch einmal, dass es Koch offenbar nicht um reale Probleme, sondern um die Bedienung vermuteter ausländerfeindlicher Stimmungen ging.

Schnelle Abschiebung junger migrantischer Straftäter (auch wenn sie in Deutschland geboren sind), Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Jugendliche, "Warnschussarrest" - so und ähnlich sahen die Vorschläge Kochs aus. Die immer wieder dazwischen geschobenen Ressentiments gegen die migrantische Bevölkerung - so etwa die jenseits der Alltagsprobleme liegende Mahnung Kochs *"Das Schlachten in der Wohnküche oder in unserem Land ungewohnte Vorstellungen zur Müllentsorgung gehören nicht in unsere Hausordnung"*⁸ - unterstrichen den Eindruck der Beobachter, hier fische jemand sehr bewusst am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums.

⁶ <http://www.spiegel.de/schulspiegel/0,1518,523613,00.html>

⁷ <http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/280/151898/>

⁸ AP-Meldung 3.1.2008.

Entsprechend waren die Bewertungen des Wahlkampfes der Hessischen CDU, den der Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestags, Sebastian Edathy (SPD), eine *"beschämende und hetzerische Kampagne"*⁹ nannte, während der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, attestierte: *"Das Niveau des Wahlkampfes von Herrn Ministerpräsident Roland Koch unterscheidet sich kaum noch von dem der NPD."*¹⁰ Und tatsächlich begrüßte die NPD ausdrücklich den Wahlkampf der Hessen-CDU¹¹ und versprach sich langfristig eine größere Anerkennung ihrer Positionen: *"Wenn etablierte Politiker NPD-Argumente übernehmen, dann wird das auch dazu führen, dass immer mehr Bürger Vertrauen in die Politik der NPD gewinnen und folglich auch NPD wählen."*

Auch das ARD-Magazin Panorama dokumentierte am Beispiel des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Hessischen Landtag, Christean Wagner, die ausländerfeindliche und latent rassistische Grundorientierung des CDU-Wahlkampfes von 2008. So stellte Wagner im Wahlkampf auch die Forderung auf, Ausländer, die "Scheiß Deutsche" sagten oder Deutsche kollektiv beschimpften, müssten abgeschoben werden. Damit machte sich die CDU die Forderung nach einem speziellen Gesinnungsstrafrechts für Migranten in Deutschland zueigen¹³.

Die Hessen-CDU nutzt die Klaviatur rassistischer Ressentiments immer dann, wenn es ihr vermeintlich politisch nutzt. Dass sie damit Stimmungen bedient und verstärkt, die das Zusammenleben der Menschen in Hessen unterminiert, nimmt sie billigend in Kauf. Gerade in Zeiten zunehmender sozialer Unsicherheiten, zu denen die neoliberale Ausrichtung der Hessen-CDU nach Kräften beigetragen hat, wächst in Teilen der Bevölkerung das Bedürfnis nach gesicherten Zugehörigkeiten. Von konservativer und rechter Seite werden hier Zugehörigkeiten wie Nation, "Rasse" oder Ethnie angeboten, die sich immer in Abgrenzung von Minderheiten definieren. Die von Wilhelm Heitmeyer in seiner Untersuchung "Deutsche Zustände" seit Jahren beschriebene Verfestigung von Ressentiments und Ausgrenzungspraktiken gegenüber Minderheiten in Deutschland werden durch eine Politik vorangetrieben, wie sie Roland Koch in Hessen praktiziert hat. Heitmeyer sieht in diesen Ausgrenzungspraktiken eine "Ethnisierung sozialer Probleme", was für ihn "eine wesentliche Eingangsvoraussetzung in rechtsautoritäre Wendungen" der Politik ist¹⁴.

⁹ taz, 13.1.2008.

¹⁰ tagesschau.de, 8.1.2008.

¹¹ http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=1076

¹² AP-Meldung, 8.1.2008.

¹³ <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2008/erste730.html>

¹⁴ Wilhelm Heitmeyer, Dietmar Loch (Hg.), *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt a.M. 2001, S. 517.

1.2 Geschichtspolitik rechts außen: NS-Relativierung und nationaler Patriotismus

"Befreit euch endlich von dem aberwitzigen Schuldwahn. Erkennt doch, dass wir Deutsche in diesem Jahrhundert mindestens ebenso Opfer wie Täter waren" (Martin Hohmann, MdB der Hessen-CDU, 4. Februar 1999)¹⁵

"Sie haben nach wie vor ein ungeklärtes Verhältnis zu unserem Vaterland" (Christean Wagner, CDU-Fraktionsvorsitzender im Hessischen Landtag, zur Kritik von SPD und Grünen an der Rede von Arnulf Baring)¹⁶

Antisemitismus im bürgerlichen Gewand

Nicht erst die Debatte um die Rede¹⁷ des hessischen CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann 2003 hat deutlich gemacht, dass in der Hessischen CDU der Kampf um das Geschichtsbild der NS-Vergangenheit noch in vollem Gang ist. Ganz in deutsch-nationaler Tradition des Stahlhelmsflügels der Union will man sich seinen Patriotismus nicht durch den Blick auf die verbrecherische deutsche Vergangenheit trüben lassen, weshalb es ein großes Interesse daran gibt, die ausschließlich negative Bewertung der Nazi-Diktatur in Frage zu stellen und zu relativieren. Schon Alfred Dregger gehörte als Fraktionsvorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion 1985 zu den vehementesten Verfechtern des weltweit umstrittenen Besuchs des damaligen Bundeskanzlers Kohl mit dem US-Präsidenten Reagan auf dem Soldatenfriedhof von Bitburg, auf dem auch Angehörige der Waffen-SS begraben liegen. Dieser Besuch sollte nach dem Willen der Bundesregierung Teil einer Versöhnungsgeste werden. Der damalige und von Dregger gepuschte Auftritt von Kohl und Reagan ist einer der Ausgangspunkte des ein Jahr später folgenden Historikerstreits.

Ein Déjà-vu der besonderen Art schuf die Rede des hessischen CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann, die dieser anlässlich des Nationalfeiertages am 3. Oktober 2003 hielt und die an bekannte Thesen des rechtsnationalen Historikers Ernst Nolte aus dem Historikerstreit 1986 anknüpfte. Hier wird deutlich, dass Hohmanns Übernahme des Wahlkreises von Dregger auch eine inhaltliche Kontinuität der deutsch-nationalen Ausrichtung bedeutete. Hohmann sprach in seiner, erst mit reichlich Verspätung skandalisierten Rede, von den Juden als "Tätervolk" und begründete dies mit dem vermeintlich hohen Anteil von Juden in der sozialistischen und kommunistischen Bewegung und ihrer Beteiligung an der bolschewistischen Revolution in Russland. Hohmann nahm damit eine Argumentationsfigur auf, die Nolte zur Relativierung deutscher Schuld im Historikerstreit prägte (Faschismus als - zum Teil berechnete - Reaktion auf die Bedrohung durch den angeblich jüdischen Bolschewismus). Der unverhohlenen antisemitisch konnotierte Unterton der Hoh-

¹⁵ ARD-Magazin Panorama, 4. Februar 1999.

¹⁶ Das Parlament Nr. 38, 18.9.2006.

¹⁷ Die Rede Hohmanns am 03. Oktober 2003 vor dem Deutschen Bundestag ist - unter Hinweis auf eine Distanzierung vom Inhalt - vollständig dokumentiert unter: <http://www.stern.de/politik/deutschland/index.html?id=515592&p=2&postid=2>

mann-Rede führte schließlich zu einem solchen Druck auf die Union, dass sie Hohmann aus ihren Reihen ausschloss, was in der Hessischen CDU auf Widerstand stieß¹⁸. Der von Hohmann auch in der inkriminierten Rede und vielfach schon früher vertretene Geschichtsrevisionismus war bis dahin niemandem in der Union negativ aufgestoßen. So legte Hohmann in Anfragen im Bundestag nahe, angesichts der konjunkturell schlechten Lage sollten die deutschen Entschädigungszahlungen an *"vor allem jüdische Opfer des Nationalsozialismus (...) der gesunkenen Leistungsfähigkeit des deutschen Staates"* angepasst werden¹⁹. Andererseits forderte er die Bundesregierung auf, sich analog zur Zwangsarbeiterentschädigung auch für die Entschädigung deutscher "Zwangsarbeiter" durch die von Deutschland überfallenen Länder Russland, Polen und Tschechische Republik einzusetzen, eine Forderung, die so vor allem von Seiten der extremen Rechten und von obskuren Organisationen wie z.B. der so genannten "Preußischen Treuhand" erhoben wird. Schon sein hessischer CDU-Kollege Irmer hatte die erst spät von der Bundesregierung in Angriff genommene Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter diskreditiert und als Versuch - wessen eigentlich? - bewertet, *"Deutschland auf die moralische Anklagebank zu setzen."*²⁰

Dass die Reden und Ansichten eines Martin Hohmann keine Ausrutscher eines Einzelnen waren, sondern als durchaus repräsentativ für dumpfe deutschtümelnde Stimmungen des Hessischen Landesverbandes gelten können, zeigt eine Episode aus den neunziger Jahren, als die Jungkonservativen der Jungen Union die Zusammensetzung einer CDU-Kandidatenliste in Frankfurt als nicht deutsch genug, kritisierten. Neben zu vielen EU-Ausländern befand sich auch der damalige Pressesprecher des Zentralrats der Juden, Michel Friedmann, auf der Kandidatenliste. Ihm soll der Vorsitzende des JU-Kreisverbandes, Boris Rhein, nahegelegt haben, Frankfurt zu verlassen. Er wünsche ihm von Herzen Erfolg bei seiner Kandidatur für den Vorstand der Jüdischen Gemeinde Berlin²¹. Der Landtag beschäftigte sich in einer aktuellen Stunde mit dem Vorgang und verurteilte die *"indirekte Aufforderung von Mitgliedern der Frankfurter CDU gegen Michel Friedmann (...) die Stadt zu verlassen, als unerträgliche skandalöse Entgleisung"*.²²

Faschismus?: "Eine beklagenswerte Entgleisung"

Mit dem umjubelten Auftritt des Historikers Arnulf Baring vor der Hessischen CDU in Wiesbaden 2006 bestätigte man im Prinzip die Zielrichtung der Hohmann-Rede. Baring sprach im Zusammenhang mit den Naziverbrechen von *"beklagenswerten Entgleisungen"* und bezeichnete die Wertung des Holocaust als einzigartiges Verbrechen als übertrieben. Vielmehr zeige sich hier, dass die Deutschen an einem *"Sünderstolz"* litten, den es zu überwinden und durch einen neuen Patriotismus zu ersetzen gelte. Entgegen jeder wissenschaftlichen Forschung behauptete Baring bei dieser Veranstaltung, die Deutschen hätten sich von Hitler eine Konsolidierung des Landes versprochen, was dieser bis 1938 auch geleistet habe. *"Alles was danach kam, ist von der Bevölkerung nicht gewollt worden."*²³ Ziel solcher Behauptungen, die wissenschaftlich als zumindest höchst umstrit-

¹⁸ vgl. Spiegel-Online, 23.11.03, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,274983,00.html>

¹⁹ Vgl. Hohmann-Rede vom 3.10.2003, siehe Fußnote 17

²⁰ Vgl. Entschließungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag, Drucksache 15/924.

²¹ Siehe: Barbara Junge, Julia Neumann, Holger Starke, Rechtsschreiber. Wie ein Netzwerk in Medien und Politik an der Restauration des nationalen arbeitet. Berlin 2002, S. 62. Darin verwiesen auch auf die Junge Freiheit, 18.10.1996

²² Hessischer Landtag, Drucksache 14/2235

²³ vgl. hr-online, 9.9.06: http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=5710&key=standard_document_25791540&msg=5710

ten gelten können, ist die Schaffung von Freiraum für einen Patriotismus, der sich von den Beschränkungen durch die NS-Vergangenheit befreit. Angesichts der Tradition der Hessischen CDU gerade in diesem Bereich verwundert es nicht, dass die Rede Barings laut Bericht der Frankfurter Rundschau auf breite Zustimmung stieß und der CDU-Fraktionschef Christean Wagner versicherte, Baring habe *"vielen aus dem Herzen gesprochen"* und *"Meinungen artikuliert, die vor zehn, 20 Jahren noch gar nicht zugelassen waren im öffentlichen Bereich."*²⁴ In der Tat ist es interessant, dass eine große Volkspartei in Deutschland heute der Ansicht zustimmen kann, dass das NS-Regime bis 1938 für eine Konsolidierung Deutschlands gesorgt habe, womit man sich die Ansicht zu eigen macht, dass die Abschaffung der Demokratie (Ermächtigungsgesetz), die Einkerkelung und Ermordung der politischen Opposition (vor allem Sozialdemokraten und Kommunisten) und die Nürnberger Rassengesetze von 1935 nur vernachlässigenswerte Petitesse auf dem Weg einer "Konsolidierung Deutschlands" gewesen seien. Was soll man vom demokratischen Gehalt einer Partei wie der Hessischen CDU halten, bei der solche Ansichten nicht einen Sturm der Entrüstung entfachen, sondern die im Gegenteil, eigene Positionen bestätigt sieht?

Ganz aus dem Herzen gesprochen hatte Baring der Hessischen CDU offensichtlich auch mit seiner Verharmlosung des organisierten Neofaschismus und der aggressiven Wendung gegen Migrantinnen und Migranten. Während er die seit Jahren hohen Zahlen an extrem rechter Gewalt als unpolitisch verharmloste - *"Das sind keine Nazis", es seinen vielmehr "Jugendverirrungen" von Leuten, "die sich wichtig machen wollen. Das ist nicht politisch"*²⁵ - forderte er in derselben Rede, mit Blick auf die Zuwanderer "Eindeutschung" und nicht Integration. Migrantinnen und Migranten müssten ihre Kultur völlig aufgeben und sich vollständig assimilieren - eine radikalisierte Variante der Leitkulturdebatte, wie sie von der Union schon früher vorgebracht wurde. Dass ein Redner wie Arnulf Baring der Hessischen CDU aus dem Herzen spricht, verwundert kaum, wenn man die ausgrenzenden und latent rassistischen Kampagnen der Union in den letzten Jahren verfolgt hat. Und so wie Baring seit Jahren für seinen rabiatischen Geschichtsrevisionismus in Bezug auf die NS-Vergangenheit berüchtigt ist, so trifft er sich auch hier mit einer Union, die, verbunden mit den Namen Dregger, Hohmann, Irmer u.v.a.m. einer nämlichen Umdeutung der Geschichte das Wort redet.

Die Täter sind immer die anderen

Zum illustren Kreis der Hessischen CDU zählt auch Erika Steinbach, ihres Zeichens Bundestagsabgeordnete für den Kreis Frankfurt am Main II. Bekannt ist Frau Steinbach aber vor allem als Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) und als Vorkämpferin für eine neue deutsche Opferdebatte, in der Deutschland die Seite vom Land der Täter zum Land der Opfer des Faschismus wechselt. Ganz in diesem Sinne streitet Frau Steinbach seit Jahren für ein "Sichtbares Zeichen" für die deutschen Opfer von Umsiedlung und Vertreibung nach dem Ende des NS-Regimes. Analog und möglichst in Nähe zum Holocaustmahnmal möchte man in Berlin so an die deutschen Opfer erinnern und ganz nebenbei aus zahlreichen begeisterten Nazis (gerade bei den Sudetendeutschen) allein Opfer des Faschismus machen. Eine Kostprobe der Sichtweise Steinbachs, die mit ihren Positionen in der Hessischen CDU eine passende politische Heimat hat, konnte man zuletzt beim Tag der Heimat 2008 bekommen²⁶: Bezogen auf die Heranziehung von deutschen Zivilisten zur Arbeit in den von Deutschland zerstörten Ländern schwadronierte Frau Steinbach von

²⁴ Vgl. ebd.

²⁵ Frankfurter Rundschau, 9.9.06.

²⁶ <http://www.bund-der-vertriebenen.de/files/tdh2008.pdf>

"gigantische(n) Sklavenhalter-Region(en)" und von einer "vorsätzlich geplanten und systematischen Vernichtungsaktionen" im Zusammenhang mit Umsiedlung und Vertreibung der Deutschen. Die Behandlung der Deutschen in Jugoslawien beschreibt die BdV-Präsidentin als "Völkermord", durchgeführt in - von ihr so genannten - "Todeslagern", die an anderer Stelle in Steinbachs Rede als "Vernichtungslager" bezeichnet wurden.

Diese Art der Verwendung von Begriffen, die eindeutig durch den Holocaust konnotiert sind, findet man sonst vor allem bei den Nazis, etwa der sächsischen NPD beim Gerede vom "Bombenholocaust".

Geistiges Klima der Hessen-CDU

Positionen und Ansichten, wie sie von Hohmann, Baring oder Steinbach im Rahmen der Union vorgetragen wurden sind symptomatisch für ein ideologisches Klima in dieser Partei, das sich auch im Alltagsverständnis ihrer Vertreter niederschlägt. Verharmlosung von NS-Vergangenheit und Antisemitismus gedeihen dort gut, wo die Relativierung des Faschismus zum Markenzeichen der politischen Ausrichtung gehört. Wo man nonchalant illegale Spendengelder als "jüdische Vermächtnisse" tarnt und ganz unter der Hand das Bild des reichen Juden bedient, dort pflegt man offensichtlich auch eine eigene Art des Humors beim Umgang mit der deutschen Vergangenheit. So wollte es der stellvertretende Landesvorsitzende der Jungen Union Hessen und Geschäftsführer des CDU-Kreisverbandes Schwalm-Eder, Thomas Müller, als Scherz verstanden wissen, dass er Mitglied in Internetforen war, die Namen hatten wie: "Nach Frankreich fahre ich nur auf Ketten", "Krieg ist scheiße, aber der Sound ist geil", "Wäre ich Kreuzritter gewesen, hätten wir Jerusalem noch" oder "Brot für die Welt - Fleisch für mich"²⁷. Besonders pikant waren die Äußerungen vor dem Hintergrund, dass Thomas Müller hessischer Wahlkreismitarbeiter des Verteidigungspolitischen Sprechers der CDU Bundestagsfraktion, Bernd Siebert war.

Und auch Roland Koch geht der den NS-Antisemitismus relativierende Vergleich rasch über die Lippen: So befand er im Winter 2002, angesichts der öffentlichen Debatte um die Vermögenssteuer und die Nennung von Namen vermögender Deutscher durch den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske, dies sei "eine neue Form von Stern an der Brust."²⁸, womit er andeutete, deutsche Unternehmer würden von Gewerkschaftern so verfolgt wie die Juden unter den Nazis. Paul Spiegel, damals Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, nannte solche Äußerungen "eine unerträgliche Beleidigung" aller Opfer des Nazi-Regimes²⁹. Die Grundlagen solcher Äußerungen erscheinen somit als ideologische Grundlage der Hessen-CDU. Sie sind dann kein Zufall oder Ausrutscher einzelner Personen, sondern die korrekte Beschreibung der geistigen Heimat der Mehrheit dieses Landesverbandes.

²⁷ <http://www.wlz-fz.de/newsroom/regional/dezentral/frankenberg/art7776,599011>

²⁸ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,226775,00.html>

²⁹ Vgl. ebd.

1.3 Organisatorische Nähe und Verbindungen zum Rechtsextremismus

Neben rechtspopulistischen Kampagnen und geschichtspolitischen Relativierungen sind zudem eine organisatorische Nähe und personelle Verquickungen zwischen der Hessischen CDU und Organisationen des Rechtsextremismus zu beobachten. Einen großen Stellenwert nehmen hierbei Diskussionsplattformen, Publikationen und Diskussionen ein, die versuchen, Vertreter rechtskonservativer und rechtsextremistischer Strömungen zusammenbringen.

Roland Koch und das Studienzentrum Weikersheim

Im Jahr 2007 geriet das Studienzentrum Weikersheim aufgrund seiner politischen Ausrichtung bundesweit in die Schlagzeilen. Dieser rechtskonservative "thinktank" wurde Ende der 1970er Jahre vom damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger gegründet, um sich für die *"geistig-moralische Wende"* und für die *"Erhaltung des Kulturerbes Deutschlands und Europas"*³⁰ einzusetzen. Bei der Trauerrede für den verstorbenen Filbinger hatte der amtierende Ministerpräsident Günther Oettinger selbigen als *"Gegner des NS-Regimes"* bezeichnet, was angesichts Filbingers Vergangenheit als NS-Marinerichter bundesweit für Entsetzen und Empörung sorgte. Im Verlauf der Debatte wurde öffentlich, dass Oettingers Redenschreiber Michael Griminger früher ein Mitarbeiter des konservativen Publizisten und Weikersheims-Mitbegründers Günter Rohrmoser war. Zudem sollte im gleichen Jahr in Weikersheim ein Vortrag des ehemaligen KSK-Kommandeurs Reinhard Günzel stattfinden, welcher aufgrund seiner Zustimmung zu der Rede Martin Hohmanns aus der Bundeswehr entlassen worden war.³¹ Um sein Verständnis von der von ihm geführten KSK als das einer Elitetruppe deutlich zu machen, griff Günzel gern zu historischen Vergleichen: *"Ich erwarte von meiner Truppe Disziplin wie bei den Spartanern, den Römern oder bei der Waffen-SS."*³²

Zusammenfassend beschreibt der Rechtsextremismus-Experte Stephan Braun die Funktion des Studienzentrums wie folgt: *"Die Verbindungen vom Studienzentrum Weikersheim zur "Neuen Rechten", die das Ziel eint, rechtsradikale bis rechtsextreme Denkschemata zu enttabuisieren und ihre Positionen in der demokratischen Gesellschaft hoffähig zu machen, sind augenfällig. Das Studienzentrum selbst kann als Scharnier oder Brücke zwischen dem konservativen Flügel der Union und dem extrem rechten Spektrum betrachtet werden."*³³ Bei Veranstaltungen und Seminaren treten Teilnehmer und Referenten des rechtskonservativen Spektrums bis hin zum äußersten rechten Rand auf.

Auch der hessische Ministerpräsident Roland Koch gehörte mehrfach zu den Gästen in Weikersheim, u.a. war er bei einer Veranstaltung zugegen, bei der Professor Hans-Helmut Knütter³⁴ und

³⁰ Zielsetzungen des Studienzentrums: <http://www.studienzentrum-weikersheim.de/index.php?kat=START> (Zugriff 27.10.08)

³¹ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,478361,00.html> (Zugriff 27.10.08)

³² <http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2004/05/24/a0189> (Zugriff 27.10.08.)

³³ <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/das-studienzentrum-weikersheim> (Zugriff 27.10.08)

³⁴ Knütter ist CDU-Mitglied und ein Vordenker der "neuen Rechten", der aufgrund seiner Tätigkeit für die "Junge Freiheit" und seinen Auftritten bei als rechtsextremistisch eingestuften "Gesellschaft für freie Publizistik" mehrfach in den Verfassungsschutzberichten des Landes Nordrhein-Westfalen Erwähnung findet. Vgl.: <http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/vsber02.pdf> (Zugriff 27.10.08)

Alfred Jebens³⁵, ein Mitglied der "Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP)³⁶, aufgetreten sind.³⁷ Knütter propagierte für jüngere Leute nachweislich den *"persönlichen, körperlichen Einsatz für die Durchsetzung der politischen Ziele"* und älteren Menschen, denen man *"kaum zumuten ... (kann), sich an Straßenschlachten und Straßenkämpfen zu beteiligen"*, empfiehlt er Geld zu sammeln und Aktionen zu ermöglichen.³⁸ Zudem ist er auch mit einem Beitrag in dem Sammelband "Zukunftsmodell soziale Marktwirtschaft" vertreten, welcher im Umfeld von Weikersheim entstanden ist und dessen Vorwort von Roland Koch geschrieben wurde³⁹. Das ARD-Fernsehmagazin "Panorama" hält fest, dass es sich dabei um ein Buch handelt, *"in dem Aufsätze von Rechtsradikalen enthalten sind."*⁴⁰ Auf sein Vorwort für dieses Buch angesprochen, erwiderte Roland Koch, er würde nicht alles teilen, aber eine Diskussion anregen wollen⁴¹. Neben der organisatorischen Nähe wurde somit auch inhaltlich erkennbar, dass die politischen Positionen von Menschen, die kontinuierlich in rechtsextremistischen Zusammenhängen verkehren, für den Hessischen Ministerpräsidenten einen politisch opportunen Diskussionsbeitrag leisten.

Hans Jürgen Irmer und "der braune Spuk"

Die Nähe zu rechtsextremistischen Gruppen wird auch vom hessischen Landtagsabgeordneten Hans-Jürgen Irmer gesucht. Im Jahre 1996 hielt Irmer einen Vortrag bei der Gießener Burschenschaft Dresdensia Rugia, die von Beobachtern nicht nur aufgrund ihrer Verbindung zur sächsischen Landtagsfraktion der NPD als rechtsextremistisch eingestuft wird mit dem Titel "Der Islam als Gefahr für Deutschland"⁴². Nach Auffassung des Hessischen Verfassungsschutzes wird die Burschenschaft von der NPD zur Mitgliederrekrutierung genutzt, und auch durch den Gießener AStA als *"NPD-Kaderschmiede"* bezeichnet. Der sächsische NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel, bekannt für die Titulierung der Bombardierung Dresdens als *"Bomben-Holocaust"*, war lange Zeit Mitglied der Dresdensia Rugia und hatte noch vor der Rede Irmers bei der Burschenschaft anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes die Liquidation *"deutscher Werte durch die Besatzer"* beklagt.⁴³ Auch vor der Gießener Burschenschaft Germania⁴⁴ hielt Irmer einen Vortrag. Im Landtag mit diesen Vorwürfen konfrontiert, erklärte Irmer lapidar, er hätte *"mit jeder Form von braunem Spuk nullkommanull zu tun."*⁴⁵ Den Forderungen nach seinem Ausschluss aus der CDU-Fraktion hat die Landtagsfraktion nicht entsprochen⁴⁶. Anscheinend sind Vortragstätigkeiten bei rechtsextremistischen Organisationen aus der Sicht der Hessischen CDU ein legitimer Beitrag zur politischen Diskussion.

³⁵ Albrecht Jebens war zudem Geschäftsführer des Studienzentrums Weikersheim.

³⁶ Als "größte rechtsextremistische Kulturvereinigung" wird die GFP auf den Internetseiten der Bundeszentrale für politische Bildung als ein Stichwort in der Rubrik "Rechtsextremismus" geführt. Vgl. <http://www.bpb.de/themen/CNCDW9,31,0,Glossar.html#art31> (Zugriff 27.10.08)
Das Magazin Panorama berichtete 2002 über die Verstrickung von CDU-Mitgliedern und der GfP:
<http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2002/erste7922.html>

³⁷ Tabubruch mit Vorsatz - Die Inszenierungen des Roland Koch: <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2002/erste7756.html> (Zugriff 27.10.08)

³⁸ Ebd.

³⁹ Siehe beispielsweise die lobende Rezension auf den Webseiten des Studienzentrums: <http://www.studienzentrum-weikersheim.de/rezzirbes.htm> (Zugriff 27.10.08).

⁴⁰ <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2002/erste7756.html> (Zugriff 27.10.08)

⁴¹ Ebd.

⁴² Die Dresdensia Rugia ist Mitglied im Dachverband "Deutsche Burschenschaft" (DB). Der DB gehören 124 Burschenschaften mit 15.000 Mitgliedern an. Kennzeichen für die DB sind ein volksbezogener Vaterlandsbegriff und eine männerbündische Organisationsform. Wiederholt wurde der DB eine Nähe zum (organisierten) Rechtsextremismus vorgeworfen. U.a. war das NPD-Bundesvorstandsmitglied Stefan Rochow Mitglied in der Dresdensia. Vgl.: Nandlinger, Gabriele: "Ehre, Freiheit, Vaterland" - Burschenschaften als Refugium für intellektuelle Rechtsextremisten. http://www.bpb.de/themen/TGE8K9,1,0,Ehre_Freiheit_Vaterland!.html (Zugriff 27.10.08.)

⁴³ Gansel war zu dem Zeitpunkt des Vortrags von Irmer auch Mitglied der rechtsextremistischen Jungen Landsmannschaft Ostpreußen. Vgl. Protokoll des Hessischen Landtags, 16. Wahlperiode, 63. Sitzung, 24.02.2005.

⁴⁴ Ein "alter Herr" der Germania ist der Bundesvorsitzende der Partei Die Republikaner Rolf Schlierer, der wiederum - so schließen sich Kreise - in den 1980er Jahren Mitglied des Studienzentrums Weikersheim war. <http://www.rolfschlierer.de/> (Zugriff 27.10.08)

⁴⁵ http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=5710&key=standard_document_4563062 (Zugriff 27.10.08)

⁴⁶ Ebd.

Der Gießener RCDS und die "NPD-Kaderschmiede" Dresdensia Rugia

Die personellen Überschneidungen zwischen der CDU und ihrem Umfeld mit dem organisierten Rechtsextremismus finden sich aber nicht nur bei einigen "Älteren" und "Unbelehrbaren", sondern sorgen auch für entsprechenden Nachwuchs und Wiederhall in den Jugendstrukturen der Hessischen CDU. Im November 2006 wurde öffentlich, dass mit Matthias Müller ein Sprecher der Burschenschaft Dresdensia Rugia zugleich als Vorstandsmitglied im Gießener RCDS, dem unionsnahen Studierendenverband, fungierte. Über ein Jahr konnte Müller in dessen Vorstand agieren, obwohl dieser gleichzeitig für die Junge Freiheit schrieb und im Vorstand der "Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" tätig war sowie auf einer NPD-Demonstration in Sachsen gesichtet wurde⁴⁷. Dort äußerte Müller sich auch verharmlosend über Neonazis: *"Skinheads sind nicht unnatürlich, das sind ganz normale Jugendliche, die sich zu ihrem Volk und ihrer Nation bekennen."*⁴⁸ Im RCDS-Kreisvorstand wollte man von Müllers politischer Gesinnung und Aktivität nichts Problematisches gewusst haben, zumal auch andere Vorstandsmitglieder in Burschenschaften aktiv waren und ihnen deshalb die Mitgliedschaft Müllers bei der Dresdensia innerhalb der Burschenschaftsszene hätten bekannt gewesen sein müssen. Erst auf Druck des RCDS-Bundesvorstandes waren die lokalen RCDS-Funktionäre angesichts dieser Enthüllungen bereit zurückzutreten.⁴⁹

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Hessische CDU nicht bereit scheint, einen Trennstrich nach Rechtsaußen zu ziehen. In Publikationen und mit Vorträgen werden rechtsextremistische Kreise angesprochen und die politische Diskussion mit Vertretern eben jener Zusammenhänge gesucht. Es überrascht nicht sonderlich, wenn in diesem politischen Umfeld auch organisatorische Überschneidungen mit dem organisierten Rechtsextremismus entstehen.

Hessische Linie im Umgang mit Rechtsextremisten?

So wie Arnulf Baring ganz im Sinne der Hessischen CDU-Fraktion Rechtsextremismus als "unpolitische Jugendverirrung" und Matthias Müller Rechtsextremisten als "ganz normale Jugendliche" bagatellisiert hatte, so lässt sich weiter Fragen, welche Signale damit aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft heraus an rechtsextremistisch organisierte Gruppen, Parteien und Strömungen ausgehen. Wie oben dargestellt, fühlte sich z.B. die NPD von der Wahlkampagne der Hessen-CDU in ihren rechtsextremistischen Positionen aufgewertet und bestätigt. Angesichts einiger Demonstrationen und Aufzüge der NPD in Hessen, bei denen eine Vielzahl von Verstößen gegen Demonstrationauflagen dokumentiert wurden⁵⁰, ist zu fragen, ob es Rechtsextremisten in Hessen leichter fällt mit verbotenen Parolen und Aktionen öffentlich zu agieren, als dies in anderen Bundesländern möglich ist.

Ein dahingehender drastischer Hinweis sind die Ereignisse rund um die von dem ehemaligen hessischen NPD-Landesvorsitzenden Marcel Wöll⁵¹ angemeldete NPD-Demonstration "Volksgemeinschaft statt Globalisierung" vom 7. Juli 2007 in Frankfurt. Nazifaschistische und antisemitische

⁴⁷ <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,449699,00.html> (Zugriff 27.10.08.)

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=5710&key=standard_document_28025114 (Zugriff 27.10.08.)

⁵⁰ <http://antinazi.wordpress.com/2007/07/21/pressekonferenz-der-anti-nazi-koordination-20-juli-2007-alle-materialien/>

⁵¹ Überblick zu seiner Person: <http://antinazi.wordpress.com/2007/04/01/steckbrief-marcel-woell-mpd-freie-nationalisten-rhein-main-gruppe-nationaler-sozialisten/>

Inhalte und haßerfüllte Gewaltaufrufe und Sprechchöre wie *"Juden raus von deutschen Straßen"* oder *"Schlagt den Linken die Schädeldecke ein"* konnten hier unter direkter Beobachtung von insgesamt 8000 eingesetzten Polizisten stattfinden. So sprach beispielsweise ein Fotoreporter, der im Auftrag von SPIEGEL und ausländischen Magazinen bereits eine ganze Reihe von rechtsextremistischen Aufzügen dokumentiert hatte, hierbei von einem *"Novum. Salopp ausgesprochen, würde ich es als Kuschelkurs der Polizei gegenüber den Neonazis bezeichnen."*⁵² Auch trotz der Vermummung des Schwarzen Blocks, dem Anlegen von Handschuhen mit Polsterungen, Werfen von Gegenständen auf Gegendemonstranten und skandieren der antisemitischen Parole *"BRD - Judenstaat. Wir haben dich zum Kotzen satt"* sei es nicht zur für ihn zwangslogischen Auflösung der Veranstaltung gekommen. Auf eine Ansprache an die zuständige Polizei, dass derlei Vorkommnisse in NRW, Berlin und Bayern nicht toleriert würden, sei ihm entgegnet worden, die hiesige Staatsanwaltschaft würde *"dies nicht beanstanden"*.⁵³

Vorfälle dieser und ähnlicher Art, sowie die rege Aktivität einer militanten rechten Internet-Community in Hessen bewegten das allgemein anerkannte Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz e.V.)⁵⁴ schon vor einiger Zeit zur öffentlich vorgetragenen Frage: *"Ist NS-Propaganda und Leugnung des Holocaust in Hessen legal?"*⁵⁵

Zwischenfazit

Innerhalb der Union gehört die Hessische CDU eindeutig zum rechten Flügel. In ihr finden sich zahlreiche Vertreter eines politischen Kurses, der inhaltlich große Überschneidungen mit den Politikvorstellungen einer so genannten Neuen Rechten aufweist: Die aggressive Wendung gegen jede Form des multikulturellen Zusammenlebens, die Ablehnung fremder kultureller Ausdrucksformen und die Propagierung einer deutschen Leitkultur gehören ebenso dazu wie der Versuch der Wiederbelebung eines national-ethnisch oder auch völkisch definierten Patriotismus, dessen Grundlage in letzter Instanz die Vorstellung der homogenen Volksgemeinschaft unter Ausschluss alles anderen ist. Ein entscheidendes Hindernis auf dem (Rück)Weg zu einer "selbstbewussten Nation" in diesem Sinne ist aus dieser Sicht bis heute die Erinnerung an die Verbrechen der NS-Diktatur. Hier liegt der Grund für die zahlreichen Relativierungsversuche dieser Vergangenheit, wie sie sich auch und gerade bei der Hessischen CDU beobachten lassen.

Personell und organisatorisch gibt es teilweise eine bedenkliche Nähe der Hessen-Union zur extremen Rechten und ein Übergangsfeld zwischen Konservatismus und extremer Rechter - der so genannten Neuen Rechten. Hier zeigt selbst der Ministerpräsident keine Berührungsängste. Während man sich verbal von der organisierten extremen Rechten abgrenzt bleibt diese Abgrenzung dort unglaublich, wo die CDU Positionen vertritt, wie sie sonst nur im Feld der extremen Rechten geäußert werden. Die Union trägt so tatkräftig dazu bei, Positionen, die auf Ausgrenzung von Minderheiten und Relativierung der NS-Verbrechen gerichtet sind, zu legitimieren. Die Wahlkämpfe Roland Kochs 1999 und 2008 sind schlagende Beispiele für eine solche Legitimierung und auch die hier angeführten Geschichtsdebatten decken sich sehr weitgehend mit Positionen, wie sie weiter rechts ebenfalls vertreten werden. Vielleicht schafft es die Union mit solchen Positionierungen manche Rechtsaußenwähler an sich zu binden. Dem politischen Klima im Land und vor allem den von ihrer Politik betroffenen Minderheiten führt sie jedoch einen schweren Schlag zu. Einer solchen Form der Politik die Rote Karte zu zeigen ist es höchste Zeit.

⁵² <http://www.box.net/shared/ylvxc21umh>

⁵³ ebd.

⁵⁴ <http://www.apabiz.de/>

⁵⁵ <http://antinazi.wordpress.com/2008/01/25/ist-ns-propaganda-und-leugnung-des-holocaust-in-hessen-legal/>

2. GELEGENHEITSDEMOKRATEN: AUTORITÄRE TENDENZEN DER HESSISCHEN CDU

2.1 Law & Order: Politik der vermeintlichen Stärke

"Ja, wir wollen eine Überprüfung der Gesinnung des Einbürgerungswilligen. Und zwar eine Überprüfung seiner Gesinnung zu unseren Grundwerten. Wir wollen wissen, ob er eine demokratische Gesinnung besitzt, die mit unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung übereinstimmt oder nicht!"⁵⁶ (CDU-Fraktionsvorsitzender Christean Wagner in einer Rede zum geplanten Fragebogen für Einbürgerungswillige)

Eine solche Überprüfung würde man sich manchmal auch für Politiker wünschen, insbesondere für solche, die Verantwortung für den Erhalt der demokratischen Verfassungswerte tragen. Aber im Gegensatz zur Kontrolle bei den MigrantInnen nimmt man es bei der Hessischen CDU scheinbar nicht so genau. So wurde Hessens Innenminister Volker Bouffier gleich zweimal von Bürgerrechtsorganisationen mit dem "Big-Brother-Award" ausgezeichnet, womit die Einschränkung von Bürgerrechten durch die Hessische Landesregierung angeprangert werden sollte. Begründet wurde die "Auszeichnung" damit, dass es Hessen bei der Umsetzung der Telekommunikationsüberwachung entgegen den ausdrücklichen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts versäumt habe, den absoluten Kernbereich der privaten Lebensgestaltung im Gesetz zu schützen; auch könnten in Hessen DNA-Analysen von Kindern unter 14 Jahren genommen werden, und unter der Verantwortung von Bouffier sei Hessen das erste Bundesland, in dem das automatisierte Scannen von Kfz-Kennzeichen ermöglicht worden sei.⁵⁷ Schon 2002 wurde Bouffier mit diesem "Preis" für Bürgerrechtsabbau ausgezeichnet, damals u.a. für die Senkung der gesetzlichen Schwelle zur Rasterfahndung, nachdem das Oberlandesgericht Frankfurt die Rasterfahndung in Hessen für verfassungswidrig gehalten hatte.⁵⁸

Gedanklich völlig außerhalb des demokratischen Rechtsstaates zeigte sich der damalige Hessische Justizminister Wagner als er vorschlug, Langzeitarbeitslose durch elektronische Fußfesseln zu disziplinieren. Wörtlich hieß es in einer Erklärung Wagners: *"Die elektronische Fußfessel bietet damit auch Langzeitarbeitslosen und therapierten Suchtkranken die Chance, zu einem geregelten Tagesablauf zurückzukehren."*⁵⁹ Selbst die Bild-Zeitung titelte am 28. April 2005 daraufhin: *"Justiz-Minister knallt durch - Fußfesseln für Arbeitslose!"* Fast verharmlosend ist die im Spiegelartikel zitierte Ansicht des SPD-Arbeitsmarktexperten Peter Dressen: *"Es handelt sich um die irre Idee eines kranken Ministers"*⁶⁰, denn Wagners Vorschlag - der, nachdem er die öffentliche Aufregung registrierte, behauptete, er habe nur straffällige Langzeitarbeitslose gemeint - ist dem Minister durchaus zuzutrauen, wie Tarek Al-Wazir von den Grünen bemerkte: *"Das Grundproblem ist aber, dass man ihm einen solchen Vorschlag durchaus zutrauen kann."*⁶¹

⁵⁶ http://www.cdu-fraktion-hessen.de/downl/Wiesbadener%20Reden/Wiesbadener_Reden_%20Dr.Wagner-Einbuengerung.pdf

⁵⁷ <http://www.bigbrotherawards.de/2005/.pol>

⁵⁸ <http://www.bigbrotherawards.de/2002/.pol>

⁵⁹ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,353819,00.html>

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Ebd.

Die Kriminalisierung politischen Widerstands gegen die Einführung von Studiengebühren ist ein weiterer Beleg der autoritären Tendenzen in Hessen. Denn im Zusammenhang mit den vielfältigen Protesten gegen die Studiengebühren wurden im Jahr 2006 von 224 teilweise minderjährigen Personen unter dem Vorwurf des Landfriedensbruchs Daten im bundesweiten polizeilichen Informationssystem gespeichert, an das BKA weitergegeben und mit dem Zusatz "gewalttätig" und "politisch links motivierte Straftäter" versehen.⁶² Erst nach politischem Druck und der Intervention des Hessischen Datenschutzbeauftragten kam es im Herbst 2008 zur Löschung eines Großteils dieser Daten. Während also rechte Schläger und Gewalttäter - wie Arnulf Baring der Hessischen CDU aus dem Herzen sprach - nur verirrte Jugendliche sind, handelt es sich bei den hessischen Studierenden, die unter Berufung auf die Hessische Verfassung für Studiengebührenfreiheit demonstrierten, um gefährliche Straftäter, die polizeilich für die Zukunft zu erfassen seien. Auch so kann Demokratieverständnis in Hessen aussehen.

Law and order - nicht für jeden! Die Koch-Regierung und das große Kapital

Während Migranten, Arbeitslose und demonstrierende Studierende leicht ins Visier der Landesregierung unter Roland Koch geraten können, ist der Umgang mit den finanziellen Eliten und finanzkräftigen Unternehmen des Landes offensichtlich ein anderer. Hier zeigt sich schnell, wessen Interessen sich die Koch-Regierung verbunden fühlt. Die Affäre um den Frankfurter Steuerfahnder Rudolf Schmenger⁶³ wirft ein interessantes Licht darauf, wie von Seiten der CDU anscheinend alles getan wird, die Interessen der ihr verbundenen Finanzelite zu wahren.

Bis zu seiner Verdrängung aus dem Frankfurter Finanzamt war Schmenger einer der erfolgreichsten Steuerfahnder Hessens, vielleicht sogar Deutschlands. Zusammen mit dem Bankenteam des Finanzamtes sorgte er noch 1999 für Millionenschwere Steuernachzahlungen in die Staatskasse, vor allem im Zusammenhang mit der Aufdeckung von illegalen Geldtransfers nach Luxemburg, der Schweiz und Lichtenstein, die potenten Kunden von Banken empfohlen worden waren. Mit der Regierungsübernahme durch Roland Koch fand diese erfolgreiche Arbeit jedoch ein rasches Ende: Auf Anweisung der Verwaltung darf seit 2001 nur noch bei Überweisungen über 300.000 DM überhaupt ermittelt werden, wogegen sich Schmenger und seine Kollegen wehrten. Überhaupt wurde ihre Arbeit systematisch behindert. Der Hilferuf der Steuerfahnder an den Finanzminister Karl-Heinz Weimar bewirkte jedoch das Gegenteil: Er gelangte zwar in die Öffentlichkeit, führte auch zu einem Untersuchungsausschuss des Landtages, der die Vorgänge in der Steuerverwaltung prüfen sollte. Doch im Ergebnis blieben nur für Schmenger und seine Kollegen schwere disziplinarische Folgen. Versetzung, Auflösung von Abteilungen, schließlich sogar psychiatrische Gutachten, mit denen die Rückkehr Schmengers an seinen Arbeitsplatz verhindert wurde.⁶⁴

Während mit dem Fall des ehemaligen Postchefs Zumwinkel und den in diesem Zusammenhang aufgedeckten Steuerhinterziehungen gegenwärtig auf Seiten der Politik überlegt wird, wie man Steueroasen der Finanzeliten in Lichtenstein, der Schweiz oder Luxemburg austrocknen kann, zeigte die Koch-Regierung bemerkenswert wenig Interesse an der weiteren Verfolgung solcher Fälle. Politische Handlungen (und auch Nicht-Handlungen) dienen immer konkreten Interessen - das ist auch bei diesem Beispiel zu vermuten. Es müssen nicht immer die Interessen der Mehrheit sein.

⁶² http://www.datenschutz.hessen.de/presse_2008.htm#entry2903

⁶³ http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=5712&key=standard_document_12776660

⁶⁴ Vgl. <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/01/08/dokument.html?id=55508010&top=SPIEGEL&suchbegriff=&quellen=&vl=0>

2.2 Verfassungsangriffe und Rechtsbrüche als Methode

Die Hessische Verfassung als "historisches Dokument"

Die Hessische Verfassung ist die älteste Landesverfassung der Bundesrepublik. Vor dem Hintergrund der Schrecken des Faschismus wurde sie durch die Ausformulierung weitgehender sozialer Rechte bestimmt.⁶⁵ Nicht nur deshalb hat der ehemalige Hessische Kultus- und Justizminister Erwin Stein die Hessische Verfassung als *"das erste Staatsgrundgesetz, das den Wandel von der nur liberal-humanitären zur sozial-humanitären Ordnung vollzogen hat"*⁶⁶ bezeichnet. Diese sozialen Charakteristika der Landesverfassung sind der heutigen CDU anscheinend nur noch ein Dorn im Auge. So bezeichnete der Generalsekretär der Hessischen CDU, Michael Boddenberg, als er kürzlich in einer Fernsehsendung auf das Vergesellschaftungsziel z.B. von Energieunternehmen nach Artikel 41 der Hessischen Verfassung angesprochen wurde, die Verfassung kurzum als ein *"historisches Dokument"*⁶⁷.

Schon in der Arbeit der "Enquete-Kommission zur Reform der Hessischen Verfassung" von 2003 bis 2005 war die CDU eine der treibenden Kräfte für eine Verfassungsreform, die gerade die sozialen Rechte beschneiden sollte.⁶⁸ So sah der Kompromiss zur Reform, der laut Kommissionsmitglied Axel Wintermeyer *"maßgeblich"*⁶⁹ die Handschrift der CDU getragen hat, u.a. eine Streichung der Artikel 35 HV (Sozialversicherung), Art. 39 HV (Missbrauch wirtschaftlicher Macht) und Art. 41 HV (Sozialisierung) vor. Zudem sollte in Artikel 38 dem programmatischen Satz, der wie kaum ein anderer die soziale Zielbestimmung der Hessischen Verfassung ausdrückt (*"Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen"*) der Satz vorangestellt werden: "Die wirtschaftliche Betätigung ist frei im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung." Damit wäre die sozioökonomische Ausrichtung der Landesverfassung umgekehrt worden.⁷⁰ Ein weiterer Vorschlag macht zudem das Demokratieverständnis der Hessischen CDU sehr deutlich. Bisher kann eine Änderung der Hessischen Verfassung nach Art. 123 mit einer Mehrheit im Landtag und mit einer Mehrheit der Bevölkerung in einer Volksabstimmung beschlossen werden. Nach Willen der Enquetekommission sollte die Volksabstimmung gestrichen und dafür das Landtagsquorum auf Zweidrittel erhöht werden. Konkret sollte also die Entscheidung über Verfassungsänderungen von der hessischen Bevölkerung weg in die Landtagsausschüsse verlegt werden.

⁶⁵ Vg. Artikel 28ff HV.

⁶⁶ Stein, Erwin: Die Staatszielbestimmungen der Hessischen Verfassung, in: ders. (Hrsg.), 30 Jahre Hessische Verfassung, Wiesbaden: Steiner, S.189.

⁶⁷ So Boddenberg im Stadtgespräch des Hessischen Rundfunks am 16. September 2008 zu dem Hinweis, dass die Landesverfassung eine Vergesellschaftung wichtiger für die Versorgung der Allgemeinheit notwendiger Betriebe der Grundversorgung vorsehe. Demnach sind für ihn einzelne Artikel heute politisch nicht mehr von Bedeutung.

⁶⁸ Zur Arbeit der Enquetekommission vgl. Hessischer Landtag: Bericht der Enquetekommission "Reform der Hessischen Verfassung", Drucksache 16/3700, 2005 sowie Schalauske, Jan: In das Museum der Verfassungsgeschichte? Die gescheiterte Reform der Hessischen Verfassung, in: Geis/Marco u.a. (Hrsg.): Hessen hinten!, Marburg: BdWi-Verlag, 2007. S. 129-138.

⁶⁹ <http://www.axel-wintermeyer.de/artikel-1102842180.html>

⁷⁰ Siehe Hessischer Landtag, a.a.o., S.36ff.

Die gebetsmühlenartige Einordnung der Hessischen Verfassung als überholt wurde von den Befürwortern auch formal begründet, schließlich wären viele Bestimmungen aufgrund des Artikels 31GG (*"Bundesrecht bricht Landesrecht"*) auch rechtlich veraltet. Dass diese Gründe allerdings nur vorgeschoben waren, um sich politisch unliebsamer Artikel zu entledigen, zeigt die Stellungnahme des Sachverständigen Prof. Dr. Thomas Groß für die Enquetekommission, in der er feststellte, dass es in der Landesverfassung keine Bestimmung gebe, *"die gegen Artikel 28 Abs. 1 Satz 1 GG verstieße, wonach die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates entsprechen müsse"*⁷¹.

Studiengebühren: Wortlaut und Sinn der Verfassung in das Gegenteil verkehrt

Kaum ein Artikel der Hessischen Verfassung war in den letzten Jahren in der öffentlichen Debatte so präsent wie der Art. 59 HV, der festlegt, dass *"in allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen der Unterricht unentgeltlich"* zu sein hat. Trotz dieser eigentlich eindeutigen Bestimmung führte die CDU-geführte Landesregierung 2006 allgemeine Studiengebühren ein, was zahlreiche Beobachter für verfassungswidrig hielten. Daher wurden beim Hessischen Staatsgerichtshof eine Volksklage sowie Klagen der Landtagsfraktionen von SPD und Grünen eingereicht. Der Staatsgerichtshof, der mehrheitlich mit CDU-nahen Richtern besetzt ist, entschied im Sommer 2008 in einer denkbar knappen Entscheidung (6:5), dass die Studiengebühren verfassungsmäßig seien. Der Eindruck einer politischen Motivation hinter dieser Entscheidung wurde von der Süddeutschen Zeitung zutreffend mit der Schlagzeile *"Gebeugtes Recht ist Hessenrecht"* charakterisiert. In diese Richtung geht auch die Argumentation der fünf Richter, die ein abweichendes Votum abgaben, darunter auch der Präsident des Gerichtshofes. Ihrer Meinung nach wird die Entscheidung der Verfassung nicht gerecht, sondern verkehrt *"Wortlaut und Sinn geradezu in ihr Gegenteil"*.⁷⁴ Zugespielt formuliert neigt die Hessische CDU-Regierung offenbar dazu, nur diejenige Politik als verfassungsgemäß anzuerkennen, die von der CDU gemacht wird.

"Brutalstmögliche Aufklärung": Rechtsbruch und Lügen in der Spendenaffäre

"Eine zeitweise falsche Darstellung ist, wenn sie der Wahrheit dient, entschuldbar." (Norbert Kartmann, CDU Fraktion Hessen, heute Präsident des Hessischen Landtags)⁷⁵

"Ich billigte schweren Herzens die Entscheidung, den Rechenschaftsbericht [...] zu korrigieren." (Roland Koch)⁷⁶

Die CDU-Spendenaffäre, die 1999 öffentlich wurde, gehört zu den größten Parteiskandalen in der Bundesrepublik. Über Jahre hinweg hatte die CDU Parteispenden angenommen und diese an der

⁷¹ Ebd.: 31.

⁷² So meinte der Hessische DGB-Vorsitzende Körzel, dieses Urteil sei "politisch gefärbt"

⁷³ Süddeutsche Zeitung am 12. Juni 2008, Seite 4: "Gebeugtes Recht ist Hessenrecht. Ein Varieté ist öde im Vergleich zum Hessischen Staatsgerichtshof. Die Richter dort sind mehrheitlich große Zauberer. Mit einem erstaunlichen Trick machen sie aus armen Leuten reiche Leute. Die Logik, mit der das Gericht die Studiengebühren in Hessen für verfassungsgemäß erklärt hat, sieht so aus: Wer viel Geld hat, ist in einer wirtschaftlich guten Lage und kann die Gebühren zahlen. Und wer wenig Geld hat? Den muss man eben zwingen, sich zu verschulden. Dann hat auch er genug Geld. Aber mit Wortlaut und Sinn der Verfassung in Hessen hat dies nichts zu tun."

⁷⁴ http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=15662&key=standard_document_34455392 (Zugriff 27.20.08.)

⁷⁵ Schumacher, Hajo: Roland Koch. Verehrt und verachtet, S. 190

⁷⁶ Deutscher Bundestag, Drucksache 14/9300, S. 232

offiziellen Rechenschaftslegung vorbeigeführt. Im Zuge der Affäre wurde öffentlich, dass auch die Hessische CDU bis zu 20 Millionen DM auf Konten in der Schweiz transferiert hatte, um eine Offenlegung der Parteifinancen zu umgehen.⁷⁷ Verantwortlich für diese Aktion, die von den Beteiligten auch als *"Honigtopf des Südens"*⁷⁸ bezeichnet wurde, zeichneten der langjährige Schatzmeister der Hessischen CDU, Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, der ehemalige Bundesinnenminister Manfred Kanther und der Wirtschaftsprüfer der Hessischen CDU, Horst Weyrauch. Die schwarz angelegten Gelder wurden in den 1990er Jahren u.a. für die Finanzierung von Wahlkämpfen genutzt, auch für den Landtagswahlkampf 1999, der die Hessische CDU an die Macht brachte.⁷⁹ Um die "illegalen Gelder" aus der Schweiz in Einklang mit den Gesetzen zu bringen, deklarierten Prinz Wittgenstein und Weyrauch die Gelder unter "sonstige Einnahmen" als "Vermächtnisse". Als wenn dieses Finanzierungssystem für sich nicht schon illegal gewesen wäre, behauptete Prinz Wittgenstein zudem, dass es sich bei den undeckelten Zuweisungen um *"jüdische Vermächtnisse"* gehandelt habe. Eine infame Idee, wenn man bedenkt, dass mit diesen Geldern ein Wahlkampf finanziert wurde, der sich im Wesentlichen auf das Schüren von Ressentiments gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund gestützt hatte.

Obwohl Roland Koch im Verlauf der Angelegenheit eine *"brutalstmögliche Aufklärung"* der Spendenaffäre versprach, sagte er gleich mehrfach nicht die Wahrheit: So verschwieg Koch den Zeitpunkt und seine Beteiligung an einer fingierten Rückdatierung eines Darlehens, um eine nicht belegte Lücke in einem Finanzbericht zu schließen. *"Schweren Herzens"* habe er diese illegale Aktion gebilligt, um die Herkunft der Gelder für seinen Wahlkampf zu verschleiern. Nachdem immer weitere Ungereimtheiten aufgetaucht waren, musste schließlich der Europaminister, Chef der Staatskanzlei und Koch-Vertraute Franz-Josef Jung die politische Verantwortung übernehmen und zurücktreten, wobei er sein Landtagsmandat jedoch behielt. Er blieb zudem nicht lange ohne Ämter, sondern erlebte einen rasanten politischen Aufstieg: 2003 übernahm er den Fraktionsvorsitz der Hessen-CDU, 2005 wurde er über die Hessische CDU-Landesliste in den Bundestag gewählt, kurz darauf zum Bundesverteidigungsminister ernannt und führt bis heute die Bundeswehr in weltweite Auslandseinsätze, die er nicht als Kriegseinsätze bezeichnet wissen möchte. Zudem spricht sich Jung nicht nur für Bundeswehreinsetze im Inneren aus, sondern hat sie, vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig verurteilt, bereits gegen die Demonstranten des G8-Gipfels in Heiligendamm einsetzen lassen. Jung brachte 2006 seine Haltung zum Grundgesetz unmissverständlich auf den Punkt: Auch entgegen dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, nachdem ein Abschuss ziviler Passagierflugzeuge auch bei Terrorverdacht grundgesetzwidrig sei, stellte Jung fest, dies trotzdem machen zu wollen, *"auch wenn keine grundgesetzliche Klarstellung erfolgt ist"*.⁸¹

Die CDU-Spendenaffäre jedenfalls bleibt bis heute ein dunkles Kapitel der deutschen Parteigeschichte. Der Verdacht, dass die Vergabe milliardenschwerer Rüstungs- und Industriegeschäfte unter der Kohl Regierung käuflich sei, konnte u.a. aufgrund nicht aufklärbarer widersprüchlicher Aussagen, z.B. des heutigen Innenministers Schäuble zu einer 100.000 DM Spende des Waffenlobbyisten Schreiber und aufgrund des *"Ehrenwortes"* des Altkanzlers Kohl, die Spender nicht zu nennen, nie widerlegt oder eindeutig bewiesen werden.

⁷⁷ Die Herkunft der Gelder konnte auch der Untersuchungsausschuss des Bundestages nicht endgültig klären. Deutscher Bundestag, Drucksache 14/9300, S.221.

⁷⁸ Ebd.: 494.

⁷⁹ Ebd.: 226.

⁸⁰ Schumacher, Hajo: Roland Koch. Verehrt und verachtet, S. 181f.

⁸¹ "Minister würde Grundgesetz missachten", siehe <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/minister-wuerde-grundgesetz-missachten;1090075>

Durchaus pikant ist die Tatsache, dass nach Feststellung des Hessischen Landeskriminalamts der größte deutsche Süßwarenhersteller Ferrero der Hessischen Union in den 1980er und 1990er Jahren insgesamt fast 1 Million DM gespendet hat, die nicht in den jeweiligen Rechenschaftsberichten auftauchten.⁸² Diese Gelder wurden als Barspende im Umschlag überreicht und bequem in einer "Sonderkasse" in der Landesgeschäftsstelle der CDU geführt. Interessanterweise konnte Ferrero im Unions-geführten Stadtallendorf im Landkreis Marburg-Biedenkopf in den 1990er Jahren aufgrund zu niedrig angesetzter Gewerbesteuern rund 13 Millionen DM an Zinsgewinnen verzeichnen. Ein Zusammenhang zwischen den Spenden und den Steuergewinnen wurde von den Beteiligten bestritten.

Im Laufe der Untersuchungen zur Spendenaffäre verschwand Wittgenstein, einer der Hauptakteure, von der Bildfläche. Trotz mehrfacher Vorladungen sagte er in keinem der Untersuchungsausschüsse aus. Wie eine jüngst in der Jungen Freiheit erschienene monumentale Anzeige⁸³ für den verstorbenen Rechtspopulisten Jörg Haider deutlich macht, in der Wittgenstein gemeinsam mit Joachim Siegerist⁸⁴ und Heinrich Lummer als führende Mitglieder der Deutschen Konservativen e.V.⁸⁵ den Toten als *"sehr guten Freund und mutigen Menschen"* betrauern, ist Prinz Wittgenstein wohl aber nach wie vor politisch aktiv.

Aushöhlung des Grundgesetzes im Namen der Sicherheit

Aber auch auf Bundesebene nehmen die Angriffe der CDU auf das Grundgesetz zu. Der Hessische Innenminister Volker Bouffier gilt dabei als Befürworter und Verfechter der Sicherheitsgesetzgebung von Innenminister von Schäuble und forciert in Hessen ein rigides Polizeigesetz. Bouffier, Schäuble und Jung, nach deren Logik das Grundgesetz der Sicherheitsgesetzgebung angepasst werden müsse (und nicht die Sicherheitsgesetze dem Grundgesetz), höhlen damit den Schutzbestand grundgesetzlicher Bürgerrechte weiter aus und geraten dabei Mal um Mal in Konflikt mit dem Bundesverfassungsgericht als letzter Schutzinstanz freiheitlicher Bürgerrechte.

In den letzten Jahren kippte das Bundesverfassungsgericht einige Bundesgesetze: Dazu gehören u.a. das Luftsicherheitsgesetz (Abschuss ziviler Flugzeuge), welches das Bundesverfassungsgericht am 15. Februar 2006⁸⁶ für verfassungswidrig erklärte. Ebenfalls für verfassungswidrig erklärte es den Einsatz deutscher Soldaten in AWACS-Flugzeugen über der Türkei ohne Zustimmung des Bundestags⁸⁷ sowie am 04. April 2006⁸⁸ die Rasterfahndung, wie sie nach dem 11. September in Deutschland ohne konkreten Gefahrenverdacht umfassend durchgeführt wurde. Dennoch wollen Schäuble, Jung und Bouffier die Sicherheitsgesetze weiter verschärfen: Bundeswehreinsatz im Inneren, die Möglichkeiten von Online-Durchsuchungen und die Übertragung von Polizeirechten auf das Bundeskriminalamt etc.

⁸² Deutscher Bundestag, Drucksache 14/9300, S. 235.

⁸³ Junge Freiheit Nr.43/08, 17.10.2008. S.6.

⁸⁴ Kritiker werfen Joachim Siegerist vor, in seinen Schriften rechtsradikale, antisemitische und rassistische Positionen zu vertreten. In einer Antwort auf eine Anfrage von 2001 (Deutscher Bundestag, Drucksache 14/5636) bescheinigte die Bundesregierung Joachim Siegerist. "vornehmlich durch ultranationale und rechtsradikale Äußerungen in Erscheinung getreten" zu sein.

⁸⁵ Im Verfassungsschutzbericht 1995 der Bundesrepublik Deutschland werden Die Deutschen Konservativen e.V. als "rechtsextremistisch" bezeichnet." Siehe: Verfassungsschutzbericht 1995, S. 188.

⁸⁶ 1 BvR 357/05

⁸⁷ 2 BvE 1/03

⁸⁸ 1 BvR 518/02

Konflikte dieser Art zwischen Regierungen und den obersten Gerichten existieren nach der These des Juristen und Journalisten Heribert Prantl zunehmend deshalb in allen westlichen Staaten, weil die Regierungen der Versuchung, mit Angst vor Terrorismus Politik zu machen, nach den Angriffen des 11. September nicht widerstanden haben. Es muss sehr nachdenklich stimmen, wenn Prantls These von der Überwindung des Rechtsstaats durch Einführung eines neuen Präventivrechtes mit umfassenden Grundrechtsverlusten auch nur teilweise zutrifft.⁸⁹

Die Angriffe auf das Grundgesetz werden aber nicht nur auf Bundesebene forciert, sondern finden sich auch in der hessischen Gesetzgebung der CDU-Landesregierung: Ob die automatische Erfassung von KFZ-Kennzeichen⁹⁰ oder das Hessische Privatrundfunkgesetz⁹¹, das Bundesverfassungsgericht hat zunehmend auch hessische Gesetze für verfassungswidrig erklärt.

Mitbestimmung und Beteiligung unerwünscht

In der Regierungszeit von Roland Koch wurden die Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte sowohl an Schulen und Hochschulen, wie auch in den hessischen Betrieben, mit neuen Regelungen teils drastisch eingeschränkt. Entscheidungen sollen nicht von denen getroffen werden, die sie in erster Linie berühren, sondern Entscheidungen werden von oben nach unten durchgesetzt, obwohl die Hessische Verfassung in Artikel 37 für alle hessischen Betriebe festlegt, dass Arbeiter, Angestellte und Beamte gleichberechtigt mit den Unternehmern in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen des Betriebes mitzubestimmen haben.

Ein konkreter Eindruck der Kluft zwischen verfassungsrechtlichem Anspruch und Wirklichkeit ergibt sich beispielsweise, wenn man den Aufruf von Kultusminister Jürgen Banzer zum Dialog zwischen Regierung und Schulen betrachtet. Nach Rücktritt der weitgehend gescheiterten Bildungsministerin Wolff und dem CDU-Wahldebakel 2008, wollte Banzer einen neuen Führungsstil im Umgang mit den Schulen zelebrieren. Hingegen stellte das Verwaltungsgericht Wiesbaden am 26. September 2008 fest, dass Banzer gegenüber dem Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer deren Mitbestimmungs- und Entscheidungsrechte in dreifacher Hinsicht verletzt hat: Der amtierende Kultusminister Banzer hatte ohne jede Rechtsgrundlage und unter Verletzung einschlägiger Rechtsvorschriften ein Einstellungsverfahren (mit befristeten Verträgen und Übernahmeoption) für Bewerber in sogenannten Mangelbereichen eröffnet, die weder ein Lehramt studiert noch eine pädagogische Ausbildung haben. Ebenso wenig hatte das Kultusministerium ein Qualifizierungsprogramm entwickelt. Die Kampagne "Lehrer nach Hessen" hatte der amtierende Kultusminister im Sommer 2008 lauthals in der Öffentlichkeit verkündet, ohne aber den Personalrat zu beteiligen. Dass Lehrerinnen und Lehrer vielleicht am ehesten beurteilen könnten, welche Mängel mit welchen Mitteln an Schulen behoben werden müssten, hat sich scheinbar noch nicht bis ins Kultusministerium herumgesprochen.

⁸⁹ Prantl, Heribert: Der Terrorist als Gesetzgeber. Wie man mit Angst Politik macht. Droemer Verlag 2008.

⁹⁰ 1 BvR 2074/05; 1 BvR 1254/07

⁹¹ 723 Nr. 8 - Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil I - 30. Mai 2008 Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Hessischen Privatrundfunkgesetz*).

Roland Koch - der Gegensoverän

Nachdem Roland Koch in der Landtagswahl am 27. Januar 2008 seine absolute Mehrheit durch dramatische Verluste eingebüsst hatte und auch mit den Stimmen der FDP keine Regierungsmehrheit bilden konnte, hat die neue Landtagsmehrheit eine Reihe von Anträgen verabschiedet. Obwohl laut Grundgesetz und Hessischer Verfassung alle Macht vom Volk ausgeht und das Parlament das oberste Verfassungsorgan ist, verweigerte Roland Koch als nunmehr geschäftsführender Ministerpräsident die Umsetzung von Mehrheitsanträgen des neuen Parlaments.

So sprachen sich beispielsweise alle Fraktionen - außer der CDU - dafür aus, Kindern aus Flüchtlingsfamilien, auch wenn sie über keine Aufenthaltserlaubnis verfügen, in Hessen den Schulbesuch zu ermöglichen, so wie es selbst im CSU-geführten Bayern üblich ist. In Hessen hingegen sind die Schulleiter bis heute verpflichtet, solche Kinder umgehend zu melden - sonst machen sie sich strafbar. Weder Appelle von Personalvertretungen oder Menschenrechtsorganisationen, noch die breite Landtagsmehrheit konnte aber an der Haltung der geschäftsführenden Landesregierung Koch etwas ändern. Die Schulleiter bleiben in dem furchtbaren Gewissenskonflikt, das eigentlich universelle Recht auf Bildung einerseits und die Strafandrohung andererseits nicht in Einklang bringen zu können.

Auch weitere Mehrheitsbeschlüssen des neuen Parlaments hat die geschäftsführende Landesregierung nicht umgesetzt: Vom Beschluss für ein Abschiebestopp afghanischer Flüchtlinge, über die Rückkehr Hessens in die Tarifgemeinschaft der Länder bis zur Initiative für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes - die Regierung Koch weigerte sich, die aus dem Wahlergebnis hervorgegangene politische Mehrheit und die Entscheidungen des Parlamentes umzusetzen. Dabei hatte Koch sich zu Beginn der Legislaturperiode gönnerhaft zum "*Partner des Parlamentes*" erklärt. Die Süddeutsche Zeitung beschrieb die Haltung im Umgang mit dem Mehrheitswillen der Bevölkerung und dem Parlament daher treffend mit: Koch der "*Gegen-Souverän*".⁹²

⁹² <http://www.sueddeutsche.de/deutschland/meinung/139/179588/>

3. MEHR ALS HESSEN - KOCHS NEOLIBERALE NEUORGANISATION DES SOZIALSTAATES

Die Hessische CDU und insbesondere Roland Koch haben ihre fatale Politik nie auf Hessen beschränkt gesehen, sondern sich im Gegenteil als "Motor" von bundesweiten Entwicklungen verstanden. Schon die Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft war nicht nur zur mit Resentiments beladenen Mobilisierung der hessischen Wählerschaft gedacht, sondern sollte auf die Bundespolitik ausstrahlen und die Hessische Union als eine Stimme der schweigenden Mehrheit gegen die rot-grüne Einwanderungspolitik profilieren.

Politik der leeren Kassen

Ob rot-grüne Bundesregierung oder Große Koalition, die herrschende Politik hat in den letzten Jahren durch enorme Steuersenkungen entscheidend dazu beigetragen, die öffentlichen Haushalte zu verarmen. Während den Reichen und Unternehmen die Steuern gesenkt wurden, musste die breite Mehrheit der Bevölkerung im Zug dieses gewaltigen Umverteilungsprogramms immer weitere Lasten schultern. Dem Staat wurde systematisch der Handlungsspielraum genommen, um dann mit Verweis auf "leere Kassen" die sozialen Sicherungssysteme zurückzubauen und öffentliches Eigentum zu verschleudern. In der Debatte um die Reform der Unternehmenssteuern setzte sich Roland Koch sogar für noch weitergehende Steuergeschenke für Unternehmen ein und forderte die Absenkung der Unternehmenssteuern von 39% auf 25% , während die Große Koalition "lediglich" eine Absenkung auf 29% plante.⁹³ Um die dadurch entstehenden Steuerausfälle zu kompensieren, stellte sich Koch an die Spitze derjenigen "Reformer", die Steuersenkungen mit dem Ziel forderten, die Einnahmen des Staates so weit zu senken, dass weitere Ausgabenreduzierungen der öffentlichen Hand unumgänglich werden und der Abbau des Sozialstaats plausibel erscheint. Zu-dem brachte Koch in den Finanzausschuss des Deutschen Bundesrates den Antrag ein, für Führungskräfte in der Wirtschaft einen verminderten und ermäßigten Steuersatz von 30% anzusetzen. Ein interessanter Vorschlag, wenn man berücksichtigt, dass Hessen eines der Bundesländer mit der größten Millionärsdichte ist.

Neoliberaler Sozialabbau

Eine besondere Rolle spielte der zeitweilige Bundesratspräsident Koch als Anpeitscher für die als "Agenda 2010" bezeichneten Arbeitsmarkt- und Sozial"reformen" der Bundesregierung unter Gerhard Schröder. Oder wie der Marburger Professor Franz Segbers konstatiert: *"Der Paradigmenwechsel der rot-grünen Sozialpolitik geht ganz wesentlich auf den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch zurück."*⁹⁴ Die Ideen dazu brachte Koch aus dem US-Bundesstaat Wisconsin, einer Partnerregion von Hessen, mit. Das dahinter stehende Prinzip seiner Sozialpolitik formulierte er in einem Interview mit der Frankfurt Allgemeinen Zeitung wie folgt: *"Jeder, der arbeiten kann, soll auch vom Staat eine -gegebenenfalls subventionierte - Arbeitsmöglichkeit erhalten. [...] Wer sich dennoch weigert zu arbeiten, muss mit empfindlichen Einschränkungen der staatlichen Leistungen rechnen. [...] Jeder leistet etwas für die empfangene Hilfe und braucht sich so auch von Nieman-*

⁹³ Die folgenden Ausführungen basieren auf: Segbers, Franz: Neoliberale Reorganisation des Sozialstaats. Zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Hessischen Landesregierung, in: Geis, Marco u.a. (Hrsg.) (2007): Hessen hinten! Sieben Jahre hessische CDU an der Macht - eine kritische Bilanz, Marburg: BdWi-Verlag, S.19-30.

⁹⁴ Ebd.: S.19.

dem als Faulenzer abqualifizieren zu lassen."⁹⁵ Mit seinen Vorstößen setzte er die rot-grüne Bundesregierung gehörig unter Druck, der sie dazu veranlasste, mit der Hartz-Kommission ebenfalls einen Reformvorschlag für die Arbeitslosen- und Sozialhilfe vorzulegen. Somit kann sich Roland Koch zu Recht als einen Geburtshelfer von Hartz-IV bezeichnen. Und Koch wäre nicht Koch, wenn es ihm nicht gelingen würde, seine Ansinnen auch Boulevard-konform zu transportieren. So ließ er in der BILD-Zeitung verlauten: *"Sozialhilfe eine zweite Chance, kein Lebensstil"*.⁹⁶ Die Prinzipien, die hinter diesen vermeintlich flotten Sprüchen stehen, rütteln an den Grundfesten des Sozialstaates: Soziale Rechte sollen nicht mehr generell gewährt werden, sondern nur noch für Gegenleistung. Die Verantwortung für Arbeitslosigkeit wird von der Gesellschaft auf den einzelnen verschoben. Aus dem bedingungslosen Recht auf soziale Sicherheit und die Absicherung vor unverschuldeten Lebensrisiken wird der Zwang, in Notlagen jegliche Tätigkeiten anzunehmen, um das nackte Überleben zu sichern.

Privatisierungen mit "Leuchtturmfunktion"

Auch mit der Privatisierung der Universitätskliniken Gießen und Marburg, sowie der ersten Teilprivatisierung einer Justizvollzugsanstalt in Hünfeld setzte die Hessische Landesregierung beim Ausverkauf öffentlicher Infrastruktur und der damit einhergehenden Entdemokratisierung bundesweit Maßstäbe. So bezeichnete Roland Koch in seiner Regierungserklärung vom 14.12.2004 die Privatisierung der Kliniken als ein über die Landesgrenzen hinaus strahlendes Leuchtturmprojekt. Was insofern stimmt, als dass die Kliniken Gießen Marburg die ersten Universitätskliniken in der Bundesrepublik waren, die veräußert wurden. Schon blicken andere Bundesländer interessiert auf den Modellversuch Hessen. Verkauft wurde das Klinikum im Übrigen für ca. 100 Millionen Euro, der Rückkauf hingegen könnte wohl ca. eine Milliarde kosten.⁹⁷ Die Zahlen deuten an, wie gewaltig die Dimensionen sind, in denen öffentliches Eigentum in Hessen verschleudert wurde.

Die neoliberale Politik der Hessischen CDU hat nicht nur das Ziel, den Sozialstaat in Hessen abzubauen, wie mit dem Kahlschlag bei sozialen Initiativen und Einrichtungen in der sog. "Operation sichere Zukunft" geschehen, sondern sich auch als treibende Kraft in die Bundespolitik einzumischen. Ob Steuergeschenke an die Reichen und die Unternehmen, die Vorreiterrolle in den Diskussionen um die "Agenda 2010" oder die bundesweit beispiellose Verschleuderung öffentlichen Eigentums: Roland Koch bemüht sich, Hessen zu einem neoliberalen Musterland mit Ausstrahlungskraft für die Bundesrepublik zu transformieren.

⁹⁵ Nach Segbers, Franz: ebd. S.24.

⁹⁶ Nach Segbers, Franz: ebd.

⁹⁷ http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=36090&key=standard_document_35247776 (Zugriff 27.10.2008)

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Impressum:

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

0611 - 350 60 90
0611 - 350 60 91
die-linke@ltg.hessen.de
www.linksfraktion-hessen.de